

# Als Jesus mal eine Art „Kleinpartei“ gründete und bis heute weltweit Erfolg damit hat

Ich verrate Ihnen heute ein lange streng gehütetes Geheimnis: Ich gehöre dazu.

Zu den Männern, die selbst am 24. Dezember vormittags noch verzweifelt unterwegs sind, um Geschenke für die Liebsten daheim zu finden und einzusammeln. Dann ab nach Hause, im Büro einschließen. Mist, Geschenkpapier reicht nicht, Tesafilm im ganzen Haus nicht zu finden. Also nochmal raus, alles besorgen - 13.50 Uhr. Auf geht's!

Ich gebe zu, ich bewundere die Menschen, die im August schon anfangen, sich Gedanken darüber zu machen, mit was sie ihren Lieben heute Abend eine Freude machen können.

Meine Schwiegertochter hat tatsächlich schon im Spätsommer in der Familiengruppe bei WhatsApp die Frage aufgeworfen, wann wer zu welchen familiären Zusammenkünften in welchen Städten mit welchen Verwandten dabei sein wird. Das ist großartig, weil ich weiß, bei ihr funktioniert das dann Weihnachten alles perfekt. Während andere, naja, Sie wissen schon...

Weihnachten wird ja heutzutage zumindest in Deutschland zunehmend als Familienfest betrachtet, weil ein in den vergangenen Jahren wachsender Teil der Bevölkerung das Gefühl für diese ganz besondere Nacht verloren hat. Für diese Nacht vor über 2000 Jahren, die den Gang der Geschichte der Menschheit fulminant verändert hat, ohne dass es vielen Menschen überhaupt bewusst ist, die denken, wir feiern heute den Tag des klimaneutralen Tannenbaums oder wahlweise den der Marzipankartoffeln und der Lichterketten.

Tatsächlich hat mit der Geburt von Jesus Christus eine globale Zeitenwende eingesetzt, die bis heute nicht abgeschlossen ist und vielleicht noch auf Millionen Jahre nicht abgeschlossen sein wird.

Aber mit Jesus Christus ist ein wirkmächtiger Revolutionär auf der Weltbühne erschienen, der das Denken, Empfinden und Tun auf der ganzen Welt beeinflusst und mancherorts auch prägt. Und angefangen hat er mit zwölf Gleichgesinnten, die an Gott und die Lehre Jesu glaubten. 12 Leute nur, und einer von ihnen war auch noch ein Verräter. Das klingt so, wie man heute konservative Kleinparteien gründet, oder? Bloß, dass deren Einfluss auf das Weltgeschehen dann doch eher überschaubar ist.

Wir feiern heute Nacht den Geburtstag unseres Herrn Jesus Christus

Und wer sich dem bewusst verweigern will oder lieber Computerspiele daddelt, der oder die tun mir ehrlich leid.

Eine ganz wichtig liebe Freundin in meinem Leben, die leider schon vor zehn Jahren verstorben ist, war - ernsthaft - überzeugt linksradikal und total Atheistin. Einmal feierten wir - wäre jetzt eine zu lange Geschichte - zusammen am 24. Dezember in meiner damaligen Wohnung in Berlin. Irgendwann wechselte sie in eine melancholische Stimmung und bekannte überraschend, dass auch sie sich der

Magie dieses Abends überhaupt nicht entziehen kann. Irgendwas ist anders, irgendwas ist besonders in dieser Nacht - ob man glaubt oder nicht.

Ich wünsch Ihnen allen, dass Sie glauben können und dass Sie nachher die Magie dieser Nacht auch im Herzen spüren, ohne dass Netflix läuft oder Bierflaschen kreisen. Suchen Sie für sich den Zauber dieser Nacht!

Meine Kinder wissen übrigens, dass Papa immer wieder gute Geschenkideen hat, aber - leider, leider - nicht immer alles zusammenkriegt bis zum 24. Dezember. Und dann die guten alten Gutscheine zum Einsatz kommen... Ich glaube, Sie nehmen mir das nicht übel...

Ich wünsch Ihnen allen und Ihren Familien gesegnete und friedliche Weihnachtstage!

Ihr Klaus Kelle

Weihnachtsspende für dieses Portal auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder mit PayPal auf @Vers 1 Medien GmbH! Vielen Dank!

---

## Was mich antreibt und was dieser Blog ist

Liebe Leserinnen und Leser,

kennen Sie die amerikanische Internet-Plattform „*infowars*“ von Alex Jones? Der Mann hat traumhafte Reichweiten: 3,9 Millionen Follower auf X, eine Million auf seiner Webseite. Und auf Youtube waren es mal 2,4 Millionen Abonnenten, bevor man ihn abschaltete und auch verhinderte, dass er neue Kanäle eröffnen konnte.

Denn „*infowars*“ ist eine Seite für Verschwörungsfreunde, die sich mit allerlei dumpfen Müll beschäftigt, aber beim Leser gruselige Schauer auf den Rücken zaubert.

Jones unterstützt oft Donald Trump, da wissen wir noch nicht, wie dessen Amtszeit ausgeht. Aber *Deep State* und *False Flag* bei 9/11 - hören Sie mir bloß auf mit diesem Quatsch! Und nein, selbst wenn Sie mich beschimpfen, für doof halten oder mit Liebesentzug drohen: ich bin sicher, dass Hillary Clinton nicht mit Kinderpornos im Keller einer Pizzeria in Washington DC handelt, was Millionen Zeitgenossen heute für plausibel und bewiesen halten.

Herr Jones vertreibt auf seinen Seiten auch Nahrungsergänzungsmittel und Überlebensausrüstungen für den Endkampf - aber alles half nichts. Denn Herr Jones ist pleite.

Ich will nicht weiter ausführlich über Herr Jones philosophieren. Ich will an dem Beispiel nur deutlich machen, was ich nicht bin und nicht sein will.

Ich werde nicht Lesern nach dem Mund schreiben, um mehr Klicks zu generieren. Ich habe diesen Blog begonnen, um aus meinen beruflichen und politischen Erfahrungen und meinen Beobachtungen Meinungsbeiträge zu schreiben und mit Ihnen zu diskutieren. Und ich will damit keinen finanziellen Verlust machen, Geld verdienen kann man damit eh nicht. Entweder haben sie Spender und Mäzene oder sie müssen aufhören. So simpel ist es leider.

**Aber so weit sind wir hier nicht**

Ich bin Journalist und kein Politiker. Und ganz ehrlich, mir ist vollkommen egal, wen oder was sie wählen. Mich interessiert, warum sie etwas so oder anders sehen oder wählen. Ich hab nichts gegen die CDU und ich hab nichts gegen die AfD. Ich habe etwas gegen Denkverbote, deshalb heißt dieser Blog *Denken erwünscht*. Ich habe über Jahre zig Artikel geschrieben, in denen ich die CDU unter und nach Merkel harsch kritisiert habe. Da bekomme ich Beifall. Und ich habe die AfD in zig Beiträgen verteidigt und zur Zusammenarbeit mit ihr aufgerufen. Da bekomme ich sogar frenetischen Beifall.

**Aber wehe, ich erlaube mir, auch die AfD mal zu kritisieren**

Dann ist aber was los. Da wünscht ein Teil des Stammpublikums gar keine Auseinandersetzung mehr über das Thema. Die AfD ist sakrosankt, die darf man nicht kritisieren, sonst ist man ein „CDU-U-Boot“, ein „Systemling“, eine „Ami-Nutte“, alles, was mir dann aus dem „gehobenen Bürgertum“ so gelegentlich an den Kopf geworfen wird.

**Werde ich deshalb aufhören zu denken?**

Werde ich mich wegen Beifall und Klicks verbiegen, mich dem neuen Mainstream unserer Zeit anpassen? Im Leben nicht. Ich bin zu alt und mache das alles zu lange, um um billigen Beifall zu betteln.

Boris Reitschuster hat vor zwei Wochen einen Artikel zu diesem großen Thema geschrieben und zur Diskussion in den Raum gestellt, ob nicht viele derjenigen, die wie ich mal als „alternatives Medium“ begonnen haben, heute genau dasselbe machen, wie der Mainstream damals.

Er macht das fest am Thema Ukraine-Krieg und an Politikern, die den Mund groß aufgerissen haben für das unbedingte „Selbstbestimmungsrecht aller Völker“, und für die das heute bei der Ukraine ganz plötzlich nicht mehr gilt, weil Moskau das nicht gern hört. Oder die seit Parteigründung immer die allgemeine Wehrpflicht wieder einführen wollten, und plötzlich dagegen sind, weil „mir hat Putin nichts getan“.

Das ist so unglaublich blöde, ich ersticke, wenn ich das nicht mehr aussprechen und schreiben darf.

Wir sind kein rechter Blog, wir sind ein seriöser Blog. Mir geht es um das konservative Bürgertum, um

Menschen, die für ihren Lebensunterhalt arbeiten und sich an Gesetze halten, eine Familie haben oder wollen, die zusammenhält, die ihren Kindern eine Zukunft bieten wollen und die – wenn sie können – an Gott glauben und unsere deutschen Traditionen leben. Ich bin für Recht und Ordnung, die Marktwirtschaft, das westliche Bündnis und ein Europa souveräner Staaten zum gegenseitigen Nutzen locker miteinander verbunden. Das ist meine kleine Gedankenwelt.

Wer sich damit nicht identifizieren kann, findet im Internet reichlich andere Blogs und Portale. Ich nehme es keinem übel. Wirklich.

Morgen feiern Milliarden Menschen auf der Welt die Geburt Jesu Christi, zumindest werden viele daran denken, dass jetzt nicht der Tag des Lebkuchens und der Lichterketten vor uns liegt, sondern – wie Christen glauben – der Beginn eines Heilswerks, in dem Jesus als Retter gesehen wird, der die Trennung zwischen Gott und Mensch überwindet und die Hoffnung auf ewiges Leben schenkt. Die damit verbundene Botschaft „Friede auf Erden“ legt dabei den Grundstein für christliche Werte wie Nächstenliebe, Barmherzigkeit und die Würde jedes Einzelnen. Darauf kann man eine Gesellschaft für die Zukunft fit machen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen hier und Ihren Familien, Nachbarn und Freunden ein gesegnetes Weihnachtsfest!

Übertreiben Sie es nicht mit dem Essen und Trinken!

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Klaus Kelle

**P.S. Wenn Sie für die Zukunft dieses Blogs etwas tun möchten, dann helfen Sie mir mit einer kleinen (oder größeren) Weihnachtsspende auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder über PayPal @Vers 1 Medien GmbH!**

---

## **Was vor 2022 im Donbass wirklich geschah - und was nicht**

Wie bei jeder Ehekrise, so gibt es auch bei Konflikten zwischen oder innerhalb von Staaten meistens zwei Seiten zu berücksichtigen. Das gilt natürlich auch für die Ukraine und die Donbass-Region. Dort lebten vor Beginn des russischen Angriffskrieges im Februar 2022 sechseinhalb Millionen Menschen, davon waren fast 40 Prozent ethnische Russen. Es gab damals auch noch kleinere Volksgruppen von Griechen, Belarussen und Tataren, die aber für diese Betrachtung unerheblich sind.

Bis zum Jahr 2014 war Russisch die dominierende Alltags-, Wirtschafts- und Mediensprache im Donbass.

Die Region verfügte über ein dichtes Netz an russischsprachigen Schulen, Zeitungen und lokalen TV-Sendern. Und, wichtig: Noch zwei Jahre vorher hatte die Regierung in Kiew unter Viktor Janukowytsch ein Gesetz verabschieden lassen, das Russisch als regionale Amtssprache in Gebieten mit hohem russischsprachigen Anteil anerkannte.

Alles änderte sich im Jahr 2014, als Janukowytschs vom Volk gestürzt wurde und sich mit seiner Familie nach Russland absetzte.

Denn schon im Februar 2014 entschied das ukrainische Parlament, dieses Sprachengesetz von 2012 aufzuheben. Übergangspräsident Turtschynow hatte wohl so eine Ahnung, was nun passieren könnte und legte sein Veto ein. Aber es gab nur eine kurz Verzögerung, bevor Russisch als Amtssprache wieder abgeschafft wurde. Und die Spannungen in der Bevölkerung nahmen sofort deutlich zu.

**Betrachten wir es mal ganz unaufgeregt**

Wenn in einem Landesteil der Ukraine 60 Prozent Ukrainer und 40 Prozent Russen leben - vereinfacht - dann muss man die Amtssprache nicht ändern, weil ein kleinerer Teil der Bevölkerung das fordert, oder?

Die „Kellesche Lösung“ wäre gewesen, zwei Amtssprachen zu belassen - Ukrainisch und Russisch. Das ist doch sowieso dasselbe, werden nun einige Leser denken, aber mitnichten ist das dasselbe.

Russisch und Ukrainisch sind zwar beide ostslawische Sprachen, unterscheiden sich jedoch deutlich stärker, als viele annehmen. Es gibt zwar ähnlich geschriebene Wörter, die aber eine ganz andere Bedeutung haben, und unterschiedliche spezifische Buchstaben.

**Warum also nicht einfach zwei Amtssprachen zulassen?**

Das funktioniert doch nicht, werden jetzt einige von Ihnen denken. Aber Irrtum, es funktioniert sehr gut. Schauen Sie mal nach Belgien, die haben sogar drei offizielle Amtssprachen: Niederländisch, Französisch und Deutsch.

Doch Amtssprache hin oder her - auf gar keinen Fall rechtfertigt ein solcher Streit zwischen Volksgruppen einen großflächigen Angriffskrieg, der bis heute Hunderttausende Menschen das Leben gekostet hat.

**Ja, aber Selenskyj hat doch...**

Ich kann es echt nicht mehr hören. Selenskyj und die Ukraine haben gar nichts. Internationale Organisationen wie die UN, die OSZE und der Internationale Gerichtshof (IGH) haben bis heute **keinerlei Beweise** für einen Völkermord oder eine systematische Vernichtung russischstämmiger Menschen im Donbass durch den ukrainischen Staat gefunden. Nichts, null!

Die immer wieder genannten 14.000 Toten bis 2022 resultierten ausschließlich aus Kampfhandlungen zwischen von Russland mit schweren Waffen unterstützten „Separatisten“ und der nach Ausbruch der

Kampfhandlungen gegen die Zentralregierung in Kiew. Und die Opfer starben auf beiden Seiten in den Kämpfen.

Es gab keine staatliche Verfolgung oder physische Bedrohung der russischsprachigen Bevölkerung vor 2014. Was es gab, waren tatsächliche Sorgen der ethnischen Russen im Donbass um Sprachrechte und Identität. Und was es bis heute gibt, ist die russische Desinformationskampagne im Westen, um Putins völlig unnötigen und idiotischen Krieg gegen das Brudervolk irgendwie zu rechtfertigen.

**Spendenkonto für diesen Blog: DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder mit PayPal @Vers 1 Medien GmbH**

---

## **Spurensuche... wo ist eigentlich die CDU in Ostdeutschland?**

Kurz vor dem Weihnachtsfest habe ich Ihnen heute eine schöne Erkenntnis mitgebracht. Es gibt sie noch, die gute alte CDU. Und zwar im Osten Deutschlands, also sozusagen die Ost-CDU, aber ohne Blockflöten, sondern erstaunlich lebendig.

Die CDU, die Älteren erinnern sich, das war die Partei der Deutschen Einheit, und das ist sie bis heute. Im Grunde wird sie das für immer bleiben, wenigstens in den Geschichtsbüchern.

Nicht, weil sie die Einheit gemacht hätte, das wäre nun wirklich zu viel der Ehre. Aber nachdem Reagan, Gorbatschow & Co. ihre Arbeit gemacht haben, und sich die Deutschen in der früheren DDR mit großem Mut zu Zehntausenden auf die Straßen wagten und dann noch Günter Schabowski am 9. November 1989 versehentlich auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin einen Notizzettel zur neuen Reiseregulung vorlas und falsch interpretierte („unverzüglich, sofort“) und damit Weltgeschichte schrieb, in dem er versehentlich den sofortigen Fall der Mauer und das Ende der DDR einleitete, kam die Stunde von Helmut Kohl und der Union.

Und die machten es gut, da sind sich nicht nur die belesenen Historiker nahezu einig, manches davon durfte ich als Journalist damals selbst aus nächster Nähe verfolgen. Die unvergessliche Nacht vom 9. auf den 10. November mit einem Kopfhörer auf, Mikrofon in der Hand, Lederjacke über dem Smoking, den ich vorher bei der feudalen Geburtstagsfeier des Filmemachers und Radio-Pioniers Uli Schamoni trug, als der „Befehl“ zum Ausrücken und Berichten kam.

Ich könnte hier stundenlang erzählen, von den Ereignissen zwischen diesem 9. November und dem 3. Oktober 1990 und den Jahren danach. Heute lebe ich, der einstige „Wessi“, selbst im Land Brandenburg – und es lebt sich schön hier, selbst wenn die Wahlergebnisse bis heute gewöhnungsbedürftig sind.

**Nehmen Sie die Landeshauptstadt Potsdam!**

Die hat ein großes historisch Erbe, ist wirklich schön mit dem Alten Markt und der Nikolaikirche, dem rekonstruierten Stadtschloss (heute der Landtag), und das Museum Barberini gilt als eines der schönsten Ensembles des Klassizismus.

Potsdam ist eine einzigartige Kombination aus prunkvoller Architektur, weitläufigen Parkanlagen und Seen und Flüssen ohne Ende, was der Stadt und der Havel-Region im Frühling und Sommer eine mediterrane Atmosphäre verleiht. Und vom Schloss Sanssouci mit seinen berühmten Weinbergterrassen will ich gar nicht erst anfangen.

Der Fernsehmoderator Günther Jauch lebt hier, nicht nur ein bundesweit bekanntes Gesicht, sondern ein großzügiger Mäzen, der viel privates Geld in die Entwicklung der Stadt investiert hat (Wiederaufbau des Stadtschlusses, Villa Kellermann). Und der Modemacher Wolfgang Joop ist Potsdamer, Friede Springer, Matthias Döpfner, Kai Diekmann, und SAP-Gründer Hasso Plattner, ein waschechter Milliardär.

Ich habe mal gelesen, dass Potsdam - in Relation zur Einwohnerzahl - die höchste SUV-Dichte in Deutschland hat - vor München, Düsseldorf und Hamburg.

**Und wenn dann Wahltag ist?**

Genau, dann wählt man hier links. Seit 1990. Immer.

Die SED-Nachfolger sammeln hier immer noch jede zehnte Wählerstimme ein, das wird endlich weniger von Wahl zu Wahl, aber dass in Potsdam überhaupt noch jemand die Fußkranken der Weltrevolution wählt - ich werde das nie verstehen.

Und klar, die AfD wächst deutlich, liegt inzwischen bei über 13 Prozent. Aber die Masse wählt hier regelmäßig chaotische Stadtplanung, Bürokratie, Sozialismus und Gedöns.

Stärkste Partei ist - fragen Sie mich nicht warum - weiter die SPD (19,4%), gefolgt von den Grünen (14,5%), dann „die anderen“ links und stärker als Die Linke, Volt, die linke „Spaßpartei“ namens „Die Partei“, die kaum zu Spaß in der Lage ist, und wenn ich mir das so anschau, frage ich mich unwillkürlich: WARUM? Was ist hier los?

Oberbürgermeisterin ist jetzt die parteilose Noosha Aubel, die am 12. Oktober richtig abräumte, nachdem das SPD-Dauerabonnement fürs Regieren in der Landeshauptstadt vom Wähler deutlich gekündigt wurde. Zuvor gab es nach dem Mauerfall nur Sozis an der Stadtspitze. Aber als OB Mike Schubert (SPD), der unfähigste Mann in diesem Amt hier jemals, mit schweren Korruptionsvorwürfen konfrontiert wurde und die Staatsanwaltschaft Ermittlungen einleitete, reichte es selbst den geduldigsten Potsdamer SPD-Genossen. Endlich.

Noosha Aubel wurde im Wahlkampf getragen von allerlei linken Parteien, die Grünen an der Spitze. Ihre

Agenda: Allerlei Erwartbares, linkes Zeug: Autoarme Innenstadt, Wohnen als Grundrecht und bezahlbare Mieten – was sehr zu begrüßen ist – die „Sicherung kreativer Freiräume“, mehr Fuß- und Radwege. Alles harmlos, nichts auf den ersten Blick Bedrohliches, aber ganz sicher kein Neuanfang, kein Aufbruch.

Und damit komme ich dann zur CDU

Ja, die gibt es auch in Potsdam noch. Mit 14,7 Prozent liegt sie gleichauf mit den Grünen – nur: sie hat nichts zu melden hier. Bei der Landtagswahl im September vergangenen Jahres kamen die Christdemokraten sogar nur auf 12,1 Prozent der Zweitstimmen. Die CDU schafft es im Land Brandenburg nicht, den Bürgern überzeugend zu erklären, warum man sie wählen sollte. Und das „Spitzenpersonal“ der CDU im Land...naja. Heute noch erinnern sie sich hier mit feuchten Augen an den früheren Landesvorsitzenden und Innenminister, General Jörg Schönbohm. Das war noch einer....

Vergangene Woche war ich bei einer CDU-Veranstaltung auf dem „Spargel- und Erlebnishof Klaistow“ in Beelitz. Das ist eine tolle Einrichtung, ein „Bauer“ aus Ostwestfalen hat hier eine Art Gemüse-Disneyland geschaffen. Wirklich beeindruckend.

Die örtliche CDU-Bundestagsabgeordnete Saskia Ludwig hatte Unternehmer aus der Region zum „Klaistower Gespräch“ mit Christian von Stetten, dem Wirtschaftsexperten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingeladen. Volle Bude, über 100 Gäste, und – hier im Osten trauen sich auch CDUler, wenn sie unter sich sind, Klartext zu reden.

Der Gast, Chef des einflussreichen Parlamentskreises Mittelstand (PKM) in der Fraktion, war selbstkritisch, zeigte immerhin auf, was die neue Bundesregierung trotz aller Startschwierigkeiten angeschoben habe. Das klang gar nicht so schlecht, aber – so wollte einer wissen – ob von Stetten das Gefühl habe, dass die Bürger in Deutschland eine „Politikwende“ erkennen, wie von Bundeskanzler Merz im Wahlkampf versprochen? Jeder weiß, dass es überhaupt nicht gut läuft.

**Aber was können wir denn machen?**

Mit Frau Bas und Herrn Klingbeil, der angeblich „nicht ganz so schlimm“ sei. Politikwende mit SPD oder Grünen? Das ist ausgeschlossen.

Jeder weiß das, auch Politiker und Mitglieder der Union, die das aber nicht sagen können.

„Ich weiß schon, worauf Sie hinauswollen“, reagiert von Stetten auf zunehmendes Murren im Saal. Ja, in vielen Bereichen könnte man sofort die politischen Fehlentwicklungen stoppen und korrigieren, wenn es eine Zusammenarbeit zwischen CDU und AfD gäbe, der inzwischen mit Abstand stärksten Kraft im Land Brandenburg. Die aber auch einer der „rechtesten“ Landesverbände der AfD überhaupt sind, deren Abgeordnete auch mal Besuchergruppen in die Russen-Botschaft einladen. Und sie stellen seltsame Anfragen zur kritischen Infrastruktur im Land, fast so wie eine Auftragsarbeit aus Moskau.

„Sollen wir mit einer Partei zusammenarbeiten, die aus der EU und der NATO raus will?“, fragt von Stetten, und nein, so einen Unsinn will hier im Saal keiner. Erstaunlich und erfreulich, wie viele an der CDU-Basis in Ostdeutschland sich noch erinnern an die Zeit mit „den Freunden“, wie die russischen Besatzer zu DDR-Zeiten zynisch genannt wurden.

Hier hat an diesem Abend niemand Lust auf die „gute alte Zeit“, hier ist CDU pur.

So wie Saskia Ludwig CDU pur ist. Sie redet niemandem nach dem Mund, sie ist Klare Kante pur. Sie war die erste Bundestagsabgeordnete der Union, die nach der SPD-Nominierung der zweifelhaften Kandidatin Brosius-Gersdorf für das Bundesverfassungsgericht im Fernsehen erklärte, sie werde diese Frau nicht wählen. Fraktionsdisziplin hin oder her. Und nachdem sie das öffentlich gesagt hatte, schlossen sich fast 60 Abgeordnete der Union an, Frau Brosius-Gersdorf ist Geschichte.

Und die CDU-Frau Ludwig gibt auch beim Thema Corona keine Ruhe und fordert unentwegt die konsequente Aufarbeitung aller staatlichen Maßnahmen damals, was nicht allen Parteifreunden gefällt, die damals dabei waren.

**Ja, die CDU lebt - auch in Ostdeutschland**

Das erfahre ich auch, als ich gestern einen alten Freund im Berliner Bezirk Pankow (Sie wissen schon: Sonderzug und so...) besuche. „Hier ist es schon noch bürgerlich“, erzählt er mir beim Kaffee. Aber die Leute trauten der Union einfach nicht mehr, die Partei ist in Ost-Berlin alles andere als verwurzelt. „Und es waren ja nicht nur die Besten, die nach der Wende aus dem Westen rüberkamen, um hier politische Karriere zu machen.“ Wer wollte da widersprechen?

Björn Höcke (AfD) und Bodo Ramelow (Linke) seien aber auch Wessis, werfe ich zaghaft ein, und die würden in Ostdeutschland bejubelt. So ganz stringent ist das nicht. Und es waren CDU-Politiker wie Kurt Biedenkopf, Bernhard Vogel oder auch Lothar Späth, die entscheidenden Anteil daran hatten, dass der deutsche Osten nach 28 Jahren Sozialismus wieder auf die Beine gekommen ist. Das gehört auch zur Wahrheit, oder?

P.S. Der Blog „Denken erwünscht“ existiert seit nun elf Jahren und ist eine wichtige Stimme für das bürgerlich-konservative Deutschland. Aber der Medienmarkt verändert sich rasant, und in der Krise ist die Bereitschaft der geneigten Bürger, Geld zu spenden, verständlicherweise nicht allzu ausgeprägt.

Wir haben zu Beginn im Jahr 2014 mal vereinbart, dass wir nicht mit Bezahlschranke oder Werbung arbeiten, sondern auf die Freiwilligkeit der Community hier setzen. Viele der Stamm-Foristen helfen auch unermüdlich mit, diesen Blog zu erhalten. In den vergangenen Wochen haben die „üblichen Verdächtigen“ auch wieder gespendet.

*Ich möchte heute an die appellieren, die hier gern lesen, aber noch nie etwas gespendet haben: Bitte helfen Sie uns und mir, damit es hier weitergehen kann! Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder mit*

## Jeffrey hat einen Brief geschrieben - der ändert allerdings nix an den Fakten

*„Am Ende des Kalten Krieges gab Deutschland der sowjetischen und später der russischen Führung wiederholt und unmissverständlich die Zusicherung, dass die NATO nicht nach Osten expandieren würde. Diese Zusicherungen erfolgten im Kontext der deutschen Wiedervereinigung...“*

Das schreibt der amerikanische Ökonom Jeffrey Sachs vergangene Woche in der russophilen „Berliner Zeitung“ in einem offenen Brief an Bundeskanzler Friedrich Merz von der CDU.

Per Messenger, WhatsApp und Telegram werde ich seither nahezu bombardiert mit dem Link von Lesern und Freunden, die mich auch den Sachs-Text aufmerksam machen. Dass ist jetzt aber der Beweis, Herr Kelle...

Das ist gar nix...

Eine Behauptung wird nämlich nicht dadurch wahr, dass man sie immer und immer wiederholt.

Die Fakten noch einmal zusammengefasst (gefühlte zum 100. Mal), auch wenn ich weiß, dass mir nächste Woche wieder welche den Sachs-Text schicken werden....Sie kennen das mit den Windmühlen bei Don Quijote ist dem weltberühmten Roman von Miguel de Cervantes.

Das Völkerrecht der Vereinten Nationen (UN) legt fest, dass jeder souveräne Staat das Recht hat, seine Bündnisse frei zu wählen. Sowohl die NATO als auch Russland haben dieses Recht in der NATO-Russland-Grundakte von 1997 ausdrücklich anerkannt.

Es gab tatsächlich im Zuge der Verhandlungen um die Deutsche Wiedervereinigung 1990 **vereinzelte Aussagen** westliche Politiker, US-Außenminister James Baker oder der deutsche Hans-Dietrich Genscher, dass ein Vordringen des westlichen Bündnisses nach Osten nicht vorgesehen sei. „Nicht einen Zoll nach Osten“, sagte Baker im Februar 1990. Diese Aussagen bezogen sich allerdings konkret auf das Gebiet der früheren DDR und nicht auf ganz Osteuropa.

Entscheidend ist dabei einzig der völkerrechtlich bindende **Zwei-plus-Vier-Vertrag**. Der schreibt verbindlich für alle Beteiligten fest, dass a) keine ausländischen NATO-Truppen auf dem Gebiet der

ehemaligen DDR stationiert werden dürfen. Außerdem dürfen keine Atomwaffen oder Trägersysteme in Ostdeutschland stationiert werden. Im Gegenzug (und gegen eine kleine deutsche Milliardenzahlung) muss die Sowjetunion ihre Truppen bis 1994 vollständig aus Ostdeutschland abziehen.

All das ist so wie vereinbart geschehen und hat Bestand bis heute – oder wissen Sie von US-Kasernen oder britischen Atomraketen-Abschussrampen in Pirna oder Halle?

Alles andere ist Prosa. Auch wenn es Herr Sachs in der Berliner Zeitung schreibt.

Was mich übrigens überzeugt hat, war etwas Anderes

In einem vielbeachteten Interview im Jahr 2014 bestätigte der ehemalige sowjetische Präsident Michail Gorbatschow, dass das Thema einer NATO-Erweiterung über Deutschland hinaus während der Verhandlungen 1990 überhaupt nicht zur Sprache kam, da der Warschauer Pakt zu diesem Zeitpunkt noch existierte und es komplett absurd gewesen wäre, zu verhandeln ob die NATO WP-Staaten übernimmt.

So, jetzt ist Frühstück.

Und danach fasse ich dann zusammen, warum die Ukraine 2014 nicht einfach russischstämmige Menschen im Donbass zu Tausenden massakriert hat, so dass Putin gar nicht anders konnte, als.... Sie kennen die Schwachsinn-Erzählung....

---

## **Jährlich 70.000 Euro deutsches Steuergeld für Putins „Propagandabude“ in Berlin - wird das „Russische Haus“ jetzt dichtgemacht?**

Für den Berliner Psychotherapeuten Henry Lindemeier ist das *„Russische Haus der Wissenschaft und Kultur“* an der Friedrichstraße nichts anderes als eine „Propagandabude“ des Kremls. Seit Russlands Präsident Wladimir Putin im Februar 2022 den Befehl zum Angriff gegen das „Bruderland“ Ukraine gab, steht Lindemeier oft vor dem Gebäude mit der üppigen Weihnachtsbeleuchtung, um gegen die Barbarei der Russen in der Ukraine zu protestieren.

Meistens hat er dann eine große gelb-blaue Fahne dabei, manchmal spielt er ukrainische Musik ab oder singt selbst ukrainische Volkslieder, um die Passanten daran zu erinnern, dass sich Russland an diesem Ort als Kulturnation präsentiert, während es innen und außen aggressiv imperiale Ziele verfolgt. Kulturvolk? Ja, sind sie. Aber von einer Zivilisation hat sich das Land unter Putin schon lange verabschiedet.

Lindemeier kritisiert nicht nur die Existenz dieser russischen Propaganda-Zentrale in der deutschen Hauptstadt, besonders stört ihn, dass das Haus vom deutschen Steuerzahler alimentiert wird.

Immer wieder rückt die Polizei an, um seine Musikanlage abzustellen oder Platzverweise auszusprechen. Berichten zufolge kam es im Umfeld seiner Mahnwachen auch schon zu heftigen Beleidigungen und vereinzelt Handgemengen mit Besuchern des Hauses.

### Doch nun kommt Bewegung in die Sache

*„Das ist ein politisches Instrument Russlands, das dreist die Sanktionen umgeht und unverzüglich geschlossen werden muss“*, sagte zum Beispiel der CDU-Außenpolitiker Roderich Kiesewetter im Interview mit der *„Süddeutschen Zeitung“*. Das *„Russische Haus“* sei ein verlängerter Arm Putins in Berlin und ein *„Umschlagplatz für Desinformation“*. Der Bundestagsabgeordnete Robin Wagener von den Grünen sagt: *„Es kann nicht sein, dass diese Propagandabude auch noch Geld von uns bekommt und die Russen von dort ihren Informationskrieg gegen uns führen.“*

Wagener appelliert an Bundesaußenminister Johann Wadepuhl (CDU), nicht *„tatenlos zuschauen, wie Russland unsere deutschen Wissenschaftler als Terroristen brandmarkt und gleichzeitig das ‚Russische Haus‘ finanzieren“*

Betreiber des Zentrums ist eine staatliche russische Agentur Rossotrudnitschestwo, die seit Juli 2022 auf der Sanktionsliste der EU steht. Ein deutsch-russisches Abkommen aus dem Jahr 2011 regelt den Status des *„Russischen Hauses“* und den des Goethe-Instituts in Moskau. 70.000 Euro Grundsteuer zahlt das Auswärtige Amt für den massigen Komplex in der Friedrichstraße. Trotz der Sanktionen wegen des Krieges gebe es in dem Haus weiterhin Veranstaltungen mit Eintrittskarten sowie Wohnungsvermietungen.

Das Russische Haus behauptet auf Journalisten-Anfrage, es sei lediglich *„eine kulturelle Institution“*.

Und der Grünen-Politiker Wagener warnt, würde die Bundesrepublik gegen das *„Russische Haus“* vorgehen, könnte Moskau das Goethe-Institut in Moskau schließen.

Das sei allerdings das kleinere Übel. *„Die spucken auf den Vertrag und wir klammern uns an die Illusion eines kulturellen Austausches.“*

---

## Wie China selbst die Bibel für seine Zwecke manipuliert

Eine Leserin machte mich heute auf etwas aufmerksam, dass ich zunächst nicht glauben wollte. O.k., ich weiß, dass die Kommunistische Partei Chinas (KPC) das Ziel aktiv verfolgt, religiöse Texte so anzupassen, dass sie die staatliche Autorität und den Gehorsam gegenüber dem Gesetz stützen, anstatt göttliche Gnade oder individuelle Moral über das Gesetz zu stellen.

Ich bin der Sache nachgegangen, und ja, es ist wirklich wahr, dass in einem offiziellen chinesischen Schul- oder Lehrbuch, das wohl zukünftig offiziell zur Neuauflage der chinesischen Bibel werden soll, die Kommunisten die ursprüngliche Geschichte von der Ehebrecherin (Johannes 8,1-11) manipuliert haben. In der christlichen Fassung schützt nämlich – wie Sie hoffentlich alle wissen – Jesus eine Ehebrecherin vor der Steinigung durch die Pharisäer mit den Worten: *„Wer von euch ohne Sünde ist, werfe als Erster einen Stein auf sie.“* Die Ankläger ziehen sich daraufhin zurück, und Jesus vergibt der Frau.

In der im Jahr 2020 bekannt gewordenen chinesischen Version des Lehrbuchs für Ethik und Recht heißt es nun, die Menge habe sich zurückgezogen und Jesus die Frau dann selbst zu Tode gesteinigt. Die angebliche Begründung von Jesus: *„Auch ich bin ein Sünder. Aber wenn das Gesetz nur von Menschen ohne Makel vollstreckt würde, dann wäre das Gesetz tot“*.

---

## Viel Bewegung gestern an diesem Tisch im Kanzleramt

Gerade freut man sich, dass es voran geht bei den Friedensverhandlungen in Berlin, da schüttet wieder einer Wasser in den Wein.

In diesem Fall mein großartiger Kollege Paul Ronzheimer. Der ist natürlich eng verbandelt mit der Ukraine und sieht den jetzt eingeschlagenen Weg noch keineswegs als den guten an.

***„Auch wenn den Ukrainern bewusst ist, dass es nicht ohne zumindest vorübergehende Gebietsabtretungen gehen wird, wäre die Donbas-Lösung der eigenen Bevölkerung kaum zu erklären. Und auch rechtlich nach jetzigem Stand kaum umzusetzen.“***

Die beiden Verhandler auf US-Seite, Jared Kushner und Steve Witkoff, sollen bei der Frage hart geblieben sein. Wohl auch, weil sie wissen, dass Kreml-Chef [Wladimir Putin](#) (73) nicht davon abrücken wird.

*Auch bei den Sicherheitsgarantien, über die gesprochen wird, gibt es keine Klarheit. Auch wenn offiziell darüber diskutiert wird, dass „Fortschritte“ gemacht würden, ist den Ukrainern nicht klar, welche Garantien es am Ende wirklich gibt.“*

Und Paul hat absolut recht mit seinen Gedanken, nachzulesen in voller Länge [hier](#)

Ich sehe das Ganz eher positiv, und – um den Blutdruck mancher Foristen mal wieder hochzutreiben: Ich finde, die Europäer und besonders Friedrich Merz haben das gut gemacht gestern. Auf *TheGermanZ* habe ich heute Morgen geschrieben:

„Als man am Montag erstmals zusammensaß, erinnerte die Szenerie eher an schwierige Tarifverhandlungen. Merz und Selenskyj mit ihren Leuten auf der einen Seite des Tisches, Trumps Unterhändler auf der anderen.“

Später wurde aber bekannt, dass die Amerikaner zu den Verhandlungen mehr mitgebracht hatten, als sie vorher noch bereit waren, beizusteuern.“

Den Artikel in voller Länge lesen Sie [hier](#)

---

## **Der Held vom Bondi Beach heißt übrigens Ahmed**

„Chanukah by the Sea“ heißt die Veranstaltung im australischen Sydney, bei der eigentlich ausgelassen wie jedes Jahr das jüdische Lichterfest gefeiert werden sollte. Aber es wurde nicht fröhlich, weil zwei Terroristen in die Menge am weltberühmten Bondi Beach in Sydney schossen. Da, wo sonst gefeiert und gesurft wird, starben 15 Menschen im Kugelhagel, 40 weitere wurden teils schwer verletzt.

Sajid Akram (50) und Naveed Akram (24) heißen die Täter, Vater und Sohn, ursprünglich eingewandert aus Pakistan, Islamisten, die sich der Terrororganisation IS angeschlossen hatten. Papa ist tot, erschossen von einem Polizisten. Sein Sohn überlebte schwer verletzt. Er wurde von einem Passanten

spektakulär entwaffnet und überwältigt. Derzeit liegt er streng bewacht in einem Krankenhaus in Sydney, angeblich im Koma. Weshalb, das ist noch unklar, denn der couragierte Passant hat nicht auf ihn geschossen, sondern ihm lediglich die Waffe abgerungen.

Der todesmutige Mann, der den IS-Killer stoppte, heißt - und da wird es richtig interessant - Ahmed al Ahmed

Der Name weist darauf hin, dass er kein Skandinavier ist. Tatsächlich stammt er aus dem Dorf al-Nayrab im Gouvernement Idlib in Syrien.

Dort war er Polizist, bevor er es im Jahr 2006 nach Australien schaffte. Ahmed ist Obsthändler in Sydney und Vater von zwei Töchtern.

Und dieser Mann zögerte nicht, als er unvermittelt in den feigen Terroranschlag geriet. In einem Interview nach der Tat schilderte sein Cousin Mustafa al-Ahmed den Vorfall.

Ahmed al Ahmed habe zu Allah um Stärke gebetet. Er habe es nicht ertragen können zu sehen, wie Menschen vor seinen Augen sterben. Der Islam verbiete das Töten unschuldiger Menschen. Und so stürzte er sich ins Getümmel und entwaffnete einen der Mörder.

Was für eine Geschichte, oder?

Denn auch in diesem Fall sehen wir das große Dilemma mit der Massenmigration in unseren zivilisierten westlichen Ländern. Antisemitismus und Judenhass sind wieder auf dem Vormarsch - in Australien und in Deutschland auch. Und die Täter sind kaum noch Rechtsextremisten, sondern vorwiegend zugewanderte Söhne und Töchter Allahs aus Palästina, Afghanistan und, ja auch Syrien. Und wir, unsere politischen Anführer haben es zugelassen, sie haben es massiv gefördert.

„Jetzt sind sie nun mal da“, hat die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel von der CDU damals lakonisch gesagt, als sie auf die massiven Probleme mit unseren Gästen aus dem islamischen Kulturkreis angesprochen wurde. Und - ich meine das völlig ernst - diese Frau gehört vor ein deutsches Gericht gestellt für das, was sie unserem Land an Schaden zugefügt hat. Aber natürlich geben das unsere Gesetze nicht her, und Lust auf einen Untersuchungsausschuss dazu haben CDU und CSU ganz sicher nicht. Da haben viele mitgejubelt für „Ähntschie“ damals.

Aber es ist eben nicht so einfach, wie manche uns weißmachen wollen im politischen Alltagskampf.

Alle Ausländer raus? Das ist ziemlich genau so blöde, wie alle Ausländer ungeprüft rein

Wir haben ein großes Problem bis heute und unsere Kinder sicher auch noch für viele Jahre. Aber es geht eben nicht um Inländer oder Ausländer. Es geht um Gut oder Böse, es geht um Hass oder ums Mitmachen.

Auch bei islamistischen Anschlägen in Deutschland gab es couragierte Migranten, die eingriffen und halfen. Etwa 2017 in Hamburg-Barmbek oder 2021 in Würzburg. Und international sowieso.

Der frühere SPD-Politiker und Bestsellerautor Thilo Sarrazin hat in seinen aufsehenerregenden Büchern „Deutschland schafft sich ab“ (2010) und „Feindliche Übernahme“ (2018) eindrucksvoll dargelegt, dass Deutschland in - wie er damals meinte - 40 bis 50 Jahren ein mehrheitlich muslimisches Land sein werde. Dies durch die höhere Geburtenrate in Zuwandererfamilien aus islamischen Ländern im Vergleich zu den Deutschen. Und nun sind fast zwei Millionen dazugekommen, und Deutschland winkt immer noch den Familienzuzug durch, was ich persönlich für einen Wahnsinn halte,

Denn jeder weiß, dass es mit den Irakern, Palästinensern, Afghanen und Marokkanern eben nicht so einfach mit der Integration wird, wie es das in den 70er Jahren mit den Türken gewesen ist. Schon jetzt entstehen in unseren Städten Parallelgesellschaften, die meisten der Jungen haben Schwierigkeiten, ihre Schulausbildung zu schaffen und dann einen Beruf zu finden. Klar, es gibt auch viele gelungene Beispiele, aber die Mehrheit ist das lange nicht.

Es wäre uns allen und unserem Land schon viel geholfen, wenn erstmal die fast eine Million rechtskräftig abgelehnten Asylbewerber aus Deutschland abgeschoben würden. Konsequenz.

Und dann den Familienzuzug stoppen, und jeden, der hier straffällig wird, konsequent rauswerfen. Und um die anderen müssen wir uns als Solidargemeinschaft dann kümmern, sie vernünftig ausbilden, ihnen eine Chance geben, ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen. Denn, zur Wahrheit gehört auch, dass viele Bereiche unserer Gesellschaft ohne Ausländer gar nicht mehr funktionieren würden - wenn Sie an Krankenhäuser oder Altenpflege denken.

Letztens war in Berlin auf dem Ku'damm eine Palästinenser-Demo, nicht groß und beindruckend, aber laut und dumm. Das Polizeiaufgebot drum herum war beeindruckend, nicht nur ich fühlte mich sicher, sondern auch die paar Gegendemonstranten mit Israel-Fahnen auf der anderen Straßenseite. Und wissen Sie warum? Weil mehr als die Hälfte der grimmig guckenden Einsatzkräfte in ihren Kampfanzügen dafür sorgten, dass es sicher und kontrolliert bleibt. Alles erkennbar Männer mit Migrationshintergrund.

---

## **Chile jagt die Kommunisten zum Teufel: 58 Prozent für deutschstämmigen Konservativen José Antonio Kast**

Besser konnte es für Chile gar nicht laufen. Der Konservative José Antonio Kast gewann gestern die Stichwahl um die Präsidentschaft in dem südamerikanischen 20-Millionen-Einwohner-Staat mit 58 Prozent der abgegebenen Stimmen gegen die Kommunistin Jeannette Jara. Er wird nun das Amt im März des kommenden Jahres vom kommunistischen Vorgänger Gabriel Boric übernehmen.

Kast ist Gründer der Republikanischen Partei (Partido Republicano) und gilt deutschen Medien als „Rechtspopulist“, war auch erst einmal gut klingt. Im Wahlkampf konzentrierte er sich auf das Thema „Recht und Ordnung“, harte Strafen gegen Kriminelle und eine massive Begrenzung der illegalen

Migration, notfalls durch das Errichten von Mauern und Gräben an den Außengrenzen.

Die Familie von José Antonio Kast stammt aus Bayern, genau aus Thalkirchdorf im Allgäu. Sein Vater, Michael Martin Kast Schindele (1924-2014), trat 1942 im Alter von 18 Jahren in die NSDAP ein, was seinem Sohn heute in Deutschland allen Ernstes zum Vorwurf gemacht wird.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Niederlage Nazi-Deutschlands floh Michael Kast zunächst nach Italien, wo er sich US-Truppen ergab. Im Jahr 1950 wanderte er nach Chile aus, wobei er dabei gefälschte Dokumente vorwies. Seine Frau Olga folgte ihm ein Jahr später mit den zwei ältesten Kindern (die noch in Deutschland geboren waren) nach Südamerika. Die Familie ließ sich in Paine, südlich der Hauptstadt Santiago, nieder.

In Chile baute sich die Familie eine neue Existenz mit einer Fabrik für Fleisch- und Wurstwaren namens „Bavaria“ auf, die auch heute noch eine bekannte Kette in Chile ist. Die Familie Kast wurden wohlhabende Landbesitzer und pflegten damals enge Verbindungen zur Militärdiktatur von Augusto Pinochet.

Der neue Präsident José Antonio Kast wurde 1966 bereits in Chile geboren und ist das jüngste von zehn Kindern der Familie.

„Chile möchte einen Wandel“, sagte Kast vor Anhängern in Santiago de Chile. „Und ich sage Ihnen, ja, Chile wird einen echten Wandel erleben.“

### Und das auch in der Außenpolitik

Denn Kast ist ein enger Verbündeter des US-Präsidenten Donald Trump. Als knallharter Antikommunist teilt er Trumps Haltung zu sozialistischen Regimen wie Venezuela, Kuba und Nicaragua – alles Verbündete Russlands. Seinen Aussagen nach wird er sich darum bemühen, den russischen Einfluss in Südamerika deutlich zurückzudrängen. Wie übrigens auch sein roter Vorgänger Gabriel Boric schon, unterstützt auch der neue Präsident die Ukraine in ihrem Verteidigungskampf gegen die anhaltende russische Aggression.

Kast wird Chile, nach eigener Aussage, in eine klare globale Anti-Links-und Pro-West-Strategie unter Trumps Führung einbetten.